

SCHÄFFER
POESCHEL

Inhaltsverzeichnis

Zur Einführung	1
Erster Teil:	
Die rechtlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Ehe und die Möglichkeiten ehevertraglicher Gestaltungen	3
1 Die Ehe als Rechtsinstitut und Wirtschaftsgemeinschaft	3
1.1 Die Bedeutung der Ehe als Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft für den Unternehmer	3
1.2 Die Ehe als Rechtsinstitut (Grundgedanken des Eherechts)	4
1.2.1 Keine gesetzliche Rollenverteilung	4
1.2.2 Recht auf Erwerbstätigkeit	5
1.2.3 Familienunterhalt	5
1.2.4 Schlüsselgewalt	5
1.3 Das Scheidungsrecht (§§ 1564–1588 BGB)	6
1.3.1 Folgen der Scheidung	6
1.3.2 Voraussetzung für die Scheidung einer Ehe	6
1.3.2.1 Abgang vom Verschuldensprinzip	6
1.3.2.2 Zerrüttung einer Ehe als Maßstab	7
1.3.2.3 Beachtung von Fristen	7
1.3.2.4 Zerrüttungsvermutung	7
1.3.2.5 Getrenntleben	8
1.3.3 Einheitliches Verfahren für Scheidung und Scheidungsfolgen	8
1.3.4 Die Kosten der Ehescheidung	9
1.3.5 Steuerliche Behandlung der Ehescheidungskosten	9
1.4 Bedeutung und Möglichkeiten vertraglicher Gestaltungen	11
2 Regelung des ehelichen Güterstandes	12
2.1 Allgemeiner Überblick	12
2.2 Zugewinnngemeinschaft (§§ 1363 ff. BGB)	13
2.2.1 Grundgedanke	13
2.2.2 Vermögensverwaltung	14
2.2.3 Ausgleich des Zugewinns (§ 1378 BGB)	15
2.2.4 Begriff des Zugewinns (§§ 1373 ff. BGB)	15
2.2.5 Wertermittlung des Anfangs- und Endvermögens	16
2.2.6 Auswirkungen der Zugewinnngemeinschaft für einen Unternehmer bzw. Gesellschafter	17

2.2.6.1	Bewertung eines Unternehmens bzw. Gesellschaftsanteils bei Vermögensberechnung	17
2.2.6.2	Verfügungsbeschränkung des § 1365 BGB	18
2.2.6.3	Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Ausgleichsverpflichtung ...	19
2.2.6.4	Erhöhung des Ehegatten-Erbsanteils	19
2.2.6.5	Einschränkungen (Modifikationen) der Zugewinnngemeinschaft	19
2.2.6.6	Testamentarische Regelungen	20
2.2.6.7	Abschluss eines Versicherungsvertrages	20
2.2.6.8	Regelungen im Gesellschaftsvertrag	20
2.2.7	Gestaltungsmöglichkeiten zur Einschränkung des Risikos der Zugewinnngemeinschaft	21
2.3	Gütertrennung	22
2.4	Gütergemeinschaft	23
2.5	Eintragung im Güterrechtsregister (§§ 1558 ff. BGB)	25
3	Unterhaltsleistungen	26
3.1	Anspruch auf Unterhalt	26
3.1.1	Unterhalt wegen Betreuung eines Kindes	29
3.1.2	Unterhalt im Alter und bei Krankheit	30
3.1.3	Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit und Aufstockungsunterhalt ...	30
3.1.4	Unterhalt für die Zeit der Ausbildung	31
3.1.5	Unterhalt aus Billigkeitsgründen	31
3.2	Wegfall des Unterhaltsanspruches	32
3.2.1	Wegen grober Unbilligkeit (§ 1579 BGB)	32
3.2.2	Bei Tod, Wiederverheiratung oder Begründung einer Lebenspartnerschaft	32
3.3	Vereinbarungen über Ausschluss von Unterhaltszahlungen	32
3.4	Steuerliche Behandlung von Unterhaltszahlungen	33
3.4.1	Behandlung als Sonderausgaben (Realsplitting)	33
3.4.1.1	Begrenzung des Abzugs beim Verpflichteten	34
3.4.1.2	Besteuerung von Unterhaltsleistungen beim Empfänger	34
3.4.2	Behandlung als außergewöhnliche Belastung	35
3.4.3	Andere steuerliche Gestaltungen	35
4	Versorgungsausgleich	38
4.1	Bisherige Regelung des Versorgungsausgleichs	38
4.1.1	Der gesetzliche Anspruch auf Versorgungsausgleich	38
4.1.2	Vertraglicher Ausschluss des Versorgungsausgleichs	38
4.1.3	Ausgleichsformen	39
4.1.3.1	Öffentlich-rechtlicher Versorgungsausgleich	39
4.1.3.2	Schuldrechtlicher Versorgungsausgleich	40

4.2	Strukturreform des Versorgungsausgleichs	41
4.2.1	Grundsätze	41
4.2.2	Steuerliche Beurteilung	42
5	Namensgleichheit von Firma und Inhaber	44
6	Voreheliche und nichteheliche Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften	45
6.1	Das Verlöbnis als Vorstufe zur Ehe	45
6.1.1	Begriff und rechtliche Voraussetzungen	45
6.1.2	Die rechtlichen Wirkungen des Verlöbnisses	45
6.1.3	Rechtsfolgen bei Rücktritt vom Verlöbnis	46
6.2	Eingetragene Lebenspartnerschaft	47
6.3	Nichteheliche Lebensgemeinschaften	47
6.3.1	Zunehmende Bedeutung	47
6.3.2	Formen nichtehelicher Lebensgemeinschaften	47
6.3.2.1	Zusammenleben auf Probe	47
6.3.2.2	Zusammenleben ohne Trauschein wegen Eheverbotes	50
6.3.2.3	Zusammenleben ohne Trauschein aus wirtschaftlichen Gründen	50
6.3.2.4	Wohngemeinschaften	50
6.3.3	Rechtliche Konsequenzen	50
6.3.3.1	Keine besondere Rechtsgrundlage	50
6.3.3.2	Zu beachtende regelungsbedürftige Bereiche	51
6.3.3.3	Sicht des Bundesverfassungsgerichts	52
6.3.4	Besondere Probleme für Unternehmer und Unternehmensnachfolger	52
 Zweiter Teil:		
Bildung und Gestaltung von Familiengesellschaften		55
1	Mitarbeit und Beteiligung des Ehegatten	55
1.1	Gesellschaftsrechtliche Beteiligung des Ehegatten am Unternehmen	55
1.2	Arbeitsverhältnis mit Ehegatten	56
1.2.1	Gewerbesteuerersparnis	56
1.2.2	Auswirkungen bei der Einkommensteuer	56
1.2.3	Auswirkungen auf die Sozialversicherung	56
1.2.4	Geringfügige Beschäftigung des Ehegatten	57
1.2.5	Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung	59
1.2.6	Güterstand und Ehegattenarbeitsverhältnis	60

2	Unternehmensrechtliche Gestaltungen mit Kindern	62
2.1	Mitarbeit auf arbeitsvertraglicher Grundlage	62
2.2	Gesellschaftsrechtliche Beteiligung der Kinder am Unternehmen	62
2.2.1	Gründe	62
2.2.2	Vor- und Nachteile von Familienunternehmen	63
2.2.3	Wahl der richtigen Unternehmensform	64
2.2.4	Vertragsgestaltung	66
2.3	Verbindung von Arbeitsverhältnis und gesellschaftsrechtlicher Beteiligung	67
2.3.1	Mitunternehmerschaft der Kinder	67
2.3.2	Kinder als typische stille Gesellschafter	69
2.3.3	Beteiligung der Kinder an einer Kapitalgesellschaft	69
2.3.4	Zweckmäßige Gestaltung	70
2.4	Unterbeteiligungen im Bereich der Familienunternehmen	70
3	Allgemeine Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung von Familiengesellschaften	72
3.1	Bürgerlich-rechtliche Formerfordernisse	72
3.1.1	Notarielle Beurkundung eines Schenkungsversprechens	73
3.1.2	Genehmigung durch das Vormundschaftsgericht	73
3.1.3	Bestellung eines Pflegers	74
3.2	Ernstlich gewollte und durchgeführte Beteiligung	74
3.2.1	Einräumung einer stillen Beteiligung	74
3.2.2	Einräumung einer Mitunternehmerschaft	75
4	Steuerliche Einschränkung von Gewinnverteilungsabreden	78
4.1	Allgemeiner Grundsatz für die Gewinnverteilung	78
4.2	Handelsrechtliche Bestimmungen als Grundlage der Besteuerung	78
4.3	Möglichkeiten einer steuerlichen Umdeutung und abweichenden steuerlichen Gewinnzurechnung	79
4.4	Angemessenheitsprüfung der Gewinnverteilung bei Familienunternehmen	79
4.5	Die vom BFH festgelegten Grenzen und Anhaltspunkte	80
4.5.1	Bei Mitunternehmerschaft (Kommanditbeteiligungen, atypischen stillen Beteiligungen)	80
4.5.2	Bei einer typischen stillen Gesellschaft	81
4.5.3	Bei einer Kapitalgesellschaft	82
5	Probleme beim Generationenwechsel im Unternehmen	82
5.1	Kein Nachfolger	82
5.2	Unreife Nachfolger	84
5.3	Rivalisierende Nachfolger	84

5.4	Richtige Überleitung auf den designierten Nachfolger	84
5.5	Unternehmenssicherung durch Zwischenschaltung einer Holdinggesellschaft	86
6	Bildung eines Unternehmensbeirates	87
6.1	Der Unternehmensbeirat als freiwillige Einrichtung zur Unternehmenssicherung	87
6.2	Funktionen eines Beirats	88
6.2.1	Beratung	88
6.2.2	Überwachung und Kontrolle	89
6.2.3	Wahrnehmung bestimmter Geschäftsführungsmaßnahmen	89
6.2.4	Schiedsfunktionen	90
6.2.5	Aufgabenkombination	90
6.3	Klare Kompetenzfestlegung und -abgrenzung	90
6.4	Steuerliche Behandlung von Beiratsvergütungen	91
6.5	Die Bedeutung des Beirats für die Unternehmensnachfolge	92

Dritter Teil:

Erbrechtliche Überlegungen und Zukunftssicherung der Folgergeneration

1	Allgemeine Zielsetzung erbrechtlicher Gestaltungen	95
2	Gesetzliche Erbfolge	96
2.1	Verwandtenerbrecht	96
2.1.1	Erben erster Ordnung	97
2.1.2	Erben zweiter Ordnung	97
2.1.3	Erben dritter Ordnung	97
2.1.4	Erben vierter Ordnung	97
2.1.5	Erben fünfter und fernerer Ordnungen	97
2.1.6	Besonderheiten bei nichtehelichen Kindern	98
2.1.7	Adoption	99
2.2	Ehegattenerbrecht	99
2.2.1	Allgemeine Grundsätze	99
2.2.2	Besonderheiten bei Zugewinnngemeinschaft	101
2.2.3	Besonderheiten bei Gütertrennung	101
2.2.4	Besonderheiten bei Gütergemeinschaft	102
3	Letztwillige Verfügungen	102
3.1	Allgemeines	102
3.2	Testament	103
3.2.1	Formale Erfordernisse	103
3.2.1.1	Das eigenhändige (private) Testament	103

3.2.1.2	Das öffentliche Testament	104
3.2.1.3	Das gemeinschaftliche Testament	105
3.2.2	Inhalt des Testaments	106
3.2.2.1	Freie Gestaltung	106
3.2.2.2	Erbeinsetzung	107
3.2.2.3	Vermächtnis	107
3.2.2.4	Erteilung einer Auflage	107
3.2.2.5	Bedingung	108
3.2.2.6	Bestimmung eines Ersatzerben	108
3.2.2.7	Vor- und Nacherbe	108
3.2.2.8	Mehrere Testamente	109
3.3	Erbvertrag	110
3.4	Pflichtteilsanspruch	111
3.4.1	Wirkung	111
3.4.2	Pflichtteilsberechtigte	112
3.4.3	Höhe	112
3.4.4	Geltendmachung	112
3.4.5	Pflichtteilsverzicht	113
3.4.6	Pflichtteilsentzug	114
4	Allgemeines zur Erbabwicklung	115
4.1	Testamentseinreichung und -eröffnung	115
4.2	Mehrere Erben und ihre Auseinandersetzung	115
4.3	Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft	116
4.4	Legitimation der Erben	119
4.5	Haftung der Erben	119
5	Allgemeine Grundsätze und Hinweise für letztwillige Verfügungen und Nachfolgeregelungen eines Unternehmers	120
6	Organisatorische Vorsorgemaßnahmen für den Todesfall	123
7	Erbschaft- und Schenkungsteuer	125
7.1	Allgemeines	126
7.2	Einteilung in Steuerklassen	126
7.3	Freibeträge (§§ 16 und 17 ErbStG)	127
7.4	Steuerbefreiung für Betriebsvermögen, Betriebe der Land- und Forstwirtschaft und Anteile an Kapitalgesellschaften (§§ 13a, 13b ErbStG)	128
7.5	Zusammenrechnung mehrerer Erwerbe	130
7.6	Bewertung	130
7.6.1	Allgemeines	130

7.6.2	Grundvermögen (Grundbesitz)	131
7.6.3	Betriebsvermögen von Gewerbebetrieben, freien Berufe und Kapitalgesellschaften	132
7.7	Besteuerung bei Nutzungs- und Rentenlast	133
7.8	Steuersätze (§ 19 ErbStG)	134
7.9	Beispiele steuerlich vorteilhafter Gestaltungen	134
7.10	Mitteilungs- und Erklärungspflichten zur steuerlichen Erfassung von Erbfällen	136
8	Die ertragsteuerliche Behandlung von Erbengemeinschaften und ihrer Auseinandersetzung sowie der vorweggenommenen Erbfolge	138
8.1	Zur ertragsteuerlichen Behandlung von Erbengemeinschaften und ihrer Auseinandersetzung	138
8.2	Zur ertragsteuerlichen Behandlung der vorweggenommenen Erbfolge	139
9	Die Vererbung bei den einzelnen Unternehmensformen	140
9.1	Vererbung beim Einzelunternehmen	140
9.1.1	Fortführung durch eine Erbengemeinschaft	140
9.1.1.1	Rechtlicher Vorgang	140
9.1.1.2	Steuerliche Behandlung	141
9.1.2	Erbauseinandersetzung und Fortführung durch einen Erben . . .	141
9.1.2.1	Rechtsvorgang	141
9.1.2.2	Steuerliche Behandlung	142
9.2	Vererbung bei Personengesellschaften	143
9.2.1	Nach gesetzlicher Regelung	143
9.2.1.1	Rechtlicher Vorgang	143
9.2.1.2	Steuerliche Behandlung	144
9.2.2	Gesellschaftsvertragliche Regelungen	144
9.2.2.1	Fortführung der Gesellschaft ohne die Erben	145
9.2.2.2	Fortsetzung der Gesellschaft mit allen Erben	147
9.2.2.3	Fortsetzung der Gesellschaft mit einem von mehreren Erben	148
9.2.2.4	Sonstige gesellschaftsvertragliche Nachfolgeregelungen	149
9.2.3	Sonderfragen	150
9.2.3.1	Steuerliches Sonderbetriebsvermögen	150
9.2.3.2	Betriebsaufspaltung	151
9.2.3.3	Etablierung einer GmbH & Co KG	151
9.3	Vererbung bei der GmbH	151
9.3.1	Nach gesetzlicher Regelung	151
9.3.1.1	Rechtlicher Vorgang	151
9.3.1.2	Steuerliche Behandlung	153

9.3.2	Gesellschaftsvertragliche Regelungen	156
9.3.2.1	Einziehung des Geschäftsanteils	156
9.3.2.2	Abtretung des Geschäftsanteils	158
9.3.2.3	Vergleich von Einziehungsklausel und Abtretungsklausel	159
9.3.2.4	Teilung von Geschäftsanteilen	160
9.3.2.5	Abtretungsbeschränkung	160
9.4	Vererbung bei der AG	161
9.4.1	Nach gesetzlicher Regelung	161
9.4.1.1	Rechtlicher Vorgang	161
9.4.1.2	Steuerliche Behandlung	161
9.4.2	Regelung durch Satzungsbestimmung	161
9.4.2.1	Vinkulierte Namensaktien	162
9.4.2.2	Einziehungsklausel und Abtretungsklausel	162
9.4.2.3	Bildung einer Schutzgemeinschaft	163
10	Testamentsvollstreckung	164
10.1	Aufgabe, Begriff und Wesen des Testamentsvollstreckers	164
10.2	Rechtsgrundlage	164
10.3	Zweckmäßigkeit des Einsatzes eines Testamentsvollstreckers	165
10.4	Wer kommt als Testamentsvollstrecker in Betracht?	166
10.5	Die Hauptaufgaben des Testamentsvollstreckers	166
10.6	Nachlassverzeichnis	167
10.7	Steuerrechtliche Pflichten des Testamentsvollstreckers	167
10.7.1	Meldung an das Finanzamt	168
10.7.2	Mitteilungspflicht des Testamentsvollstreckers	168
10.8	Verfügungen des Testamentsvollstreckers	168
10.9	Abwicklungs- oder Verwaltungstestamentsvollstreckung	169
10.10	Das Testamentsvollstreckerzeugnis	170
10.11	Die Kosten der Testamentsvollstreckung	170
10.12	Die Haftung des Testamentsvollstreckers	172
10.12.1	Die Haftung nach § 2219 BGB	172
10.12.2	Die Haftung für unerlaubte Handlungen	173
10.12.3	Die Haftung nach § 69 AO	173
10.12.4	Versicherungsmäßige Absicherung	173

Vierter Teil:**Zwanzig zusammenfassende****Thesen zur Zukunftssicherung von Familienbetrieben 175**

1	Ehe, vor- und nichteheliche Lebensgemeinschaften und ihr Einfluss auf den Unternehmensbereich	175
2	Bildung und Gestaltung von Familiengesellschaften	177
3	Erbrechtliche Überlegungen und Zukunftssicherung der Folgegeneration	179
4	Schlussbemerkung	182

Anhang zum ersten Teil:**Ehevertragliche Regelungen** 183

1	Vereinbarung über Gütertrennung und Ausschluss des Versorgungsausgleichs	185
2	Vereinbarung von Gütertrennung und Verzicht auf Unterhalt sowie Regelung des Sorgerechts	187
3	Vereinbarung über Einschränkung des Zugewinnausgleichs (Ausklammerung des Betriebsvermögens)	189
4	Vereinbarung von Gütergemeinschaft mit Bestimmung von Vorbehaltsgut (Betriebsvermögen des Ehemannes)	190
5	Vermögensaufstellung der Eheleute	191

Anhang zum zweiten Teil:**Bestimmungen im Gesellschaftsvertrag über Nachfolge und Vererbung** 193

1	Regelung bei einer GmbH über Verfügung und Vererbung von Geschäftsanteilen, um den Charakter als Familiengesellschaft zu erhalten	195
	Beispiel 1: Verfügung über Geschäftsanteile und Vererbung	195
	Beispiel 2: Vererbung und Veräußerung von Geschäftsanteilen	195

2	Regelung über Bestellung von Geschäftsführern bei zwei Familienstämmen mit paritätischer Beteiligung	196
	Beispiel 1: Geschäftsführer	196
	Beispiel 2: Recht zur Geschäftsführerbestellung	197
3	Verpflichtung zur Herbeiführung von Gütertrennung	198
4	Verfügung über Geschäftsanteile mit Zustimmungspflicht bei Übertragung innerhalb der Familie	199
	Beispiel 1: Verfügung über Geschäftsanteile	199
	Beispiel 2: Teilung, Abtretung und Verpfändung von Geschäftsanteilen	199
5	Einziehung von Geschäftsanteilen	200
6	Abfindungsregelungen	201
7	Beiratsbestellung	202
8	Gesellschaftsvertragliche Bestimmungen bei einer OHG zur Fortführung der Gesellschaft im Todesfalle eines Gesellschafters	203
	Beispiel 1: Fortführung der Gesellschaft ohne die Erben	203
	Beispiel 2: Fortführung der Gesellschaft mit Hilfe einer gesellschaftsvertraglichen Eintrittsklausel	203

**Anhang zum dritten Teil:
Testamentarische Vorsorgegestaltungen des Unternehmers**

1	Einzeltestament	207
2	Gemeinschaftliches Testament	209
3	Gemeinschaftliches Testament in der Form des Berliner Testaments.	213
4	Regelung der Unternehmensnachfolge durch Vorausvermächtnis	215
5	Regelung der Unternehmensnachfolge durch Teilungsanordnung	216

6	Regelung der Unternehmensnachfolge durch Einsetzen von Alleinerben	217
7	Erbvertrag	218
8	Beispiel für Pflichtteilsentzug	218
9	Erbauseinandersetzung	219
10	Testamentarische Aussetzung eines Vermächtnisses mit dem Recht zur Unternehmensübernahme	220
11	Schenkung mit Anrechnung auf den Erb- und Pflichtteil verbunden mit Erb- und Pflichtteilsverzicht	221
12	Testamentsanfechtung	221
13	Einseitiger Widerruf eines gemeinschaftlichen Testamentes gemäß § 2271 BGB	222
	Abkürzungsverzeichnis	223
	Literaturverzeichnis	226
	Stichwortverzeichnis	227